

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

27. Dezember 2024 - 03. Januar 2025

Zwei Wochen nach dem verheerenden Sturm Chido reiste Premierminister François Bayrou am Montag, dem 30. Dezember, gemeinsam mit den neuen Ministern Manuel Valls (Übersee) und Élisabeth Borne (Bildung) nach Mayotte, um Maßnahmen im Rahmen des Regierungsplans „Mayotte debout – Mayotte steht auf“ anzukündigen. Dieses Programm soll die Insel innerhalb von weniger als zwei Jahren wieder aufbauen – ein ehrgeiziges Ziel angesichts der massiven Schäden vor Ort. Der Plan sieht staatlich garantierte Kredite für Wohnhäuser, Soforthilfen für Unternehmen und die Wiederherstellung der Stromversorgung bis Ende Januar 2025 vor. Zudem enthält er Maßnahmen zur Sicherheit, insbesondere zur Bekämpfung illegaler Einwanderung, einschließlich eines Verbots des Wiederaufbaus von Slums. Was mit den dort lebenden zehntausenden Migranten geschehen soll, bleibt jedoch unklar. Eine Notstandsgesetzgebung wird nächste Woche dem Ministerrat vorgelegt und soll innerhalb von 15 Tagen im Parlament debattiert werden.

Am Dienstag, dem 31. Dezember, hat Emmanuel Macron in der traditionellen Fernsehansprache zu Silvester den Franzosen seine Wünsche für das Jahr 2025 mitgeteilt. Die Auflösung der Nationalversammlung, die Emmanuel Macron selbst nach den Europawahlen vorgenommen hatte und die er bisher als richtigen Schritt gelobt hatte, „hat mehr Instabilität als Ruhe geschaffen“, räumte der Staatspräsident gleich zu Beginn seiner Rede ein. Er bekräftigte auch, dass er die Franzosen im Jahr 2025 auffordern werde, über „entscheidende Fragen“ zu „entscheiden“, was darauf hindeuten könnte, dass im kommenden Jahr mit Referenden zu rechnen ist.

Neues Jahr, neue Regeln: Diese Änderungen kommen in Frankreich ab dem 1. Januar 2025 auf die Bevölkerung zu. Eine der zentralen Maßnahmen ist die Erhöhung der Renten um 2,2 %, was einer durchschnittlichen monatlichen Erhöhung von 18€ pro Rente entspricht. Der ursprüngliche Vorschlag des ehemaligen Premierministers Michel Barnier sah lediglich eine Erhöhung um 0,8 % ab 2025 vor. Auf der anderen Seite gibt es Einschränkungen bei der Nutzung von Essensmarken (Tickets-Restaurants). Wie vor der Coronapandemie können diese nur für direkt verzehrbare Produkte in Supermärkten, Bäckereien etc. eingelöst werden. Eine Ausnahmeregelung erlaubte es seit der Pandemie, die Gutscheine auch für nicht direkt verzehrbare Lebensmittel wie Nudeln, Reis oder Linsen einzulösen. Außerdem wird der maximale Tagesumsatz von 25€ auf 19€ gesenkt. Darüber hinaus wird die Förderung von energetischen Sanierungen gekürzt und die Mehrwertsteuer auf Gasheizungen erhöht, was die Haushalte zusätzlich belasten könnte. Weitere Preiserhöhungen im Alltag betreffen unter anderem den Preis für eine Packung mit 20 Zigaretten, der auf 12,50€ steigt, und die Preise für den öffentlichen Nahverkehr in Paris, wo der Einzelfahrschein von 2,15€ auf 2,50€ und das Monatsabonnement von 86,40€ auf 88,80€ erhöht werden. Dagegen wird die Mobilitätsprämie erhöht, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, zu entlasten.

Frankreich hat am 31. Dezember gezielte Luftangriffe auf Stellungen des Islamischen Staates (IS) in Syrien durchgeführt, wie der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu bekanntgab. Dies geschah im Rahmen der internationalen Koalition *Inherent Resolve* und stellt die erste Operation dieser Art seit dem Sturz von Baschar al-Assad durch eine Offensive syrischer Rebellen dar. Diese Neuordnung der Lage in Syrien lässt ein Wiedererstarken des IS befürchten, der trotz des Endes seines Kalifats (2014-2019) weiterhin im Irak und in Syrien aktiv ist. Frankreich ist seit 2014 im Irak und seit 2015 in Syrien Teil dieser Koalition und operiert über die Operation Chammal von regionalen Stützpunkten aus, insbesondere in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Bei seinem Besuch im Libanon in Begleitung von Außenminister Jean-Noël Barrot unterstrich Lecornu das anhaltende Engagement Frankreichs im Kampf gegen den Terrorismus im Nahen Osten.

Die französischen und deutschen Außenminister reisen mit einer europäischen Delegation am 3. Januar nach Damaskus, um Ahmad Al Chareh, den Führer der neuen syrischen Behörden, zu treffen. Es ist der erste Besuch von westlichen Vertretern seit dem Sturz von Baschar al-Assad. Die Delegation zielt darauf ab, einen Dialog mit Syrien aufzubauen und eine politische Übergangsphase zu unterstützen. Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot, erklärte, er wolle Syrien auf dem Weg zu Souveränität und dauerhafter Stabilität unterstützen. Außenministerin Annalena Baerbock, hob einen Ansatz hervor, der Unterstützung mit klaren Erwartungen an die neuen syrischen Führer verbindet. Beide Länder planen, ihre Botschaften, die seit 2012 aufgrund der Repression des Assad-Regimes geschlossen sind, schrittweise wieder zu eröffnen.

Der neue Justizminister Gérald Darmanin besuchte am 2. Januar Marseille, um seine Prioritäten im Kampf gegen Drogenhandel und Korruption vorzustellen. Nach Gesprächen mit Richtern und Justizfachkräften betonte er seine Entschlossenheit und versprach verstärkte Mittel, um Richter, Kanzleiangeestellte und Justizvollzugsbeamte zu unterstützen, die häufig von der organisierten Kriminalität bedroht werden. Er hob die Notwendigkeit hervor, Geldwäsche zu bekämpfen und Drogenhändler finanziell ins Visier zu nehmen. Dabei erinnerte er daran, dass im Jahr 2024 im Département Bouches-du-Rhône € 41 Millionen beschlagnahmt wurden. Im Strafvollzug plant Darmanin, die 100 einflussreichsten Drogenhändler, die trotz ihrer Haft weiterhin ihre Geschäfte führen, zu isolieren und Technologien zu entwickeln, um illegale Telefongespräche zu unterbinden – eine Reaktion auf die Beschlagnahmung von 40.000 Mobiltelefonen im Jahr 2024. Zudem möchte er „Säuberungsaktionen“ in den Zellen verstärken und die Strafen für die Bedrohung oder Bestechung von Beamten verschärfen. Diese Initiative, „Operation Starter“ genannt, soll als Pilotprojekt dienen, bevor sie möglicherweise auf die landesweit 17.000 wegen Drogenhandels Inhaftierten ausgeweitet wird.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der Fraktionsvorsitzende der *Républicains (LR)* in der Nationalversammlung, **Laurent Wauquiez**, hat das Angebot Regierungsmitglied zu werden abgelehnt, da er die erforderlichen Garantien, insbesondere in Haushalts- und Steuerfragen, nicht erhalten habe. Er erklärte den LR-Abgeordneten, dass er ein Amt im Finanzministerium nur unter der Bedingung einer klaren Agenda ohne Steuererhöhungen akzeptiert hätte. Wauquiez schließt jedoch eine Regierungsbeteiligung seiner Partei nicht aus und versprach trotz Meinungsverschiedenheiten, dass *LR* eine pragmatische Haltung einnehmen werde und Gesetzesvorhaben „einzeln und fallbezogen“ prüfen werde. Er schloss derzeit die Unterstützung eines Misstrauensantrags aus, warnte jedoch, dass sich die Partei in die Opposition bewegen könnte, sollte sich die Lage ungünstig entwickeln.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1

181 Millionen

So viele Kinobesucher verzeichnete Frankreich im Jahr 2024. Dabei waren 44 % der gezeigten Filme aus französischer Produktion. Nur die USA haben einen höheren Wert an im eigenen Land produzierten Filmen vorzuweisen. Zum Vergleich: in Europa bewegt sich der Marktanteil in der Regel zwischen 15 und 25 %. Im Jahr 2024 profitierte das französische Kino sowohl von großen nationalen Produktionen als auch von der Abwesenheit amerikanischer Filme infolge des Hollywood-Streiks zu Beginn des Jahres. Trotz dieser Ergebnisse bleiben die Kinobesucherzahlen 2024 mit einem Rückgang von über 12 % weiterhin unter dem Niveau vor der Covid-Krise.